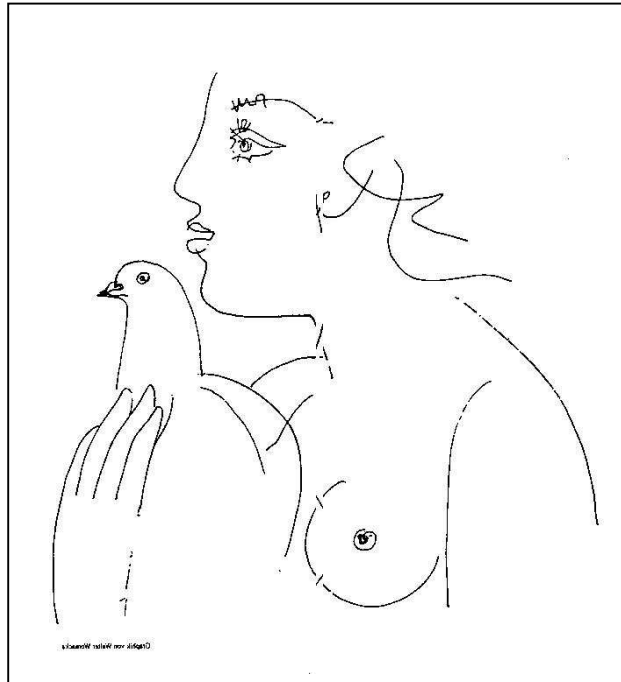


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 30



Strategie der „bunten“ (Konter-)Revolutionen – Fortsetzung des Kalten Krieges

von

Klaus Eichner

Redaktionsschluss: 30.04.2006

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Vorbemerkungen

In den Medien erscheinen immer wieder Meldungen über diverse Aktionen oppositioneller Kräfte in verschiedenen Ländern Osteuropas, Zentralasiens oder in Nah-/Mittelost, die als „**Revolutionen**“ ausgegeben werden.

Die Akteure wählen medienbewusst symbolträchtige Bezeichnungen für ihre Handlungen, und so gibt es dann die „Orangen-Revolution“ (Ukraine), die „Rosenrevolution“ (Georgien) oder die „Zedern-Revolution“ (Libanon).

Meist bleibt die Berichterstattung bei diesen Äußerlichkeiten stehen, nur vereinzelt finden wir tiefergehende Analysen und Fragestellungen über die strategischen Ziele oder die Hintermänner dieser Aktionen.

Das Vorgehen der Akteure ist in vielen Ländern fast deckungsgleich, so dass die Regie von außen unverkennbar ist. Staatlich gelenkte und finanzierte angebliche „Nichtregierungs“-Organisationen und ihre Außenstellen in den betreffenden Ländern steuern diese Aktivitäten über die Bereitstellung von Finanzen, technischen Ausrüstungen und taktischen Anleitungen.

Diese als „Revolutionen“ gepriesenen politischen Veränderungen haben in keinem Fall etwas an den postsowjetischen Klassenverhältnissen und Machtstrukturen geändert. Im Prinzip wurden und werden die im Augenblick herrschenden, das Land aussaugenden Cliquen und Oligarchen durch andere mit gleichen Zielen ersetzt.

Nur wenigen Ländern ist es bisher gelungen, diese „Revolutionen“ abzuwehren.

Kerngedanken der Strategie

„Wir unterstützen Wahlen, wir unterstützen Demokratie. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir Regierungen unterstützen müssen, die als Ergebnis der Demokratie gewählt werden.“

Präsident George W. Bush am 29.03.2006 in Washington zur Ablehnung der Finanzhilfe an die neu gewählte Hamas-Regierung in den Palästinensergebieten.

Die Bush-Administration hat in ihrer zweiten Amtszeit die Einsetzung „demokratischer Regierungen“ in der ganzen Welt zum zentralen Thema ihrer Außenpolitik gemacht.

Für dieses Ziel haben die USA seit 2001 mehr als **4,6 Milliarden Dollar** ausgegeben, für 2006 sind weitere **1,3 Milliarden US-Dollar** vorgesehen.¹

Das zentrale Ziel ist die endgültige Abwicklung des sozialistischen Gesellschaftssystems in Europa, die Vernichtung eines jeden Gedankens an eine sozialistische Zukunft der Menschen. Damit müssen auch selbst Rudimente der früheren Machtstrukturen und der sozialen Beziehungen der gnadenlosen Logik des Neoliberalismus untergeordnet, besser beseitigt, werden.

Damit einher geht die Absicherung der unipolaren Herrschaftsposition der Vereinigten Staaten.

Die entscheidende geostrategische Bedeutung der Region Eurasia wird von dem Vordenker der imperialistischen Strategie der Vereinigten Staaten, Zbigniew Brzezinski, in seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ wie folgt beschrieben: *„ ... ist der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politisch Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf.“ (S.41)*

D.h. sie „verfügen heute über einen in technologischer Hinsicht beispiellosen Militärapparat, den einzigen mit einem weltweiten Aktionsradius.“ (S. 43)

„All das verleiht den Vereinigten Staaten von Amerika eine politische Schlagkraft, mit der es kein anderer Staat auch nur annähernd aufnehmen könnte.“ (S.44)

Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. ... und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann.“ (S.53) „Aber das weltweit wichtigste Spielfeld – Eurasien – ist der Ort, auf dem Amerika irgendwann ein potentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte.“(S.64)

¹ Anmerkung: So neu ist dieses Programm nicht. Präsident Reagan hat in seiner berüchtigten „Kreuzzugsrede“ am 8. Mai 1982 vor dem britischen Parlament eine „globale Kampagne für Demokratie“ verkündet. Der Nationale Sicherheitsrat der USA nahm diesen Auftrag an und entwickelte das „project democracy“.

Damit beschwört Brzezinski die Notwendigkeit einer speziellen Beachtung der Rolle Russlands:

„Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.“ (S.15)

In Fortsetzung dieser Orientierungen aus dem Jahre 1997 ist einer der strategischen Kerngedanken der aktuellen US-amerikanischen Außenpolitik eine Korrektur der Politik gegenüber Russland. Die Senatoren John Edwards (Dem) und Jack Kemp (Rep) legten dem einflussreichen „Council on Foreign Relations“ einen Bericht unter dem Titel: „Russlands falsche Richtung: Was die Vereinigten Staaten tun können und sollten“ vor.

Darin wird die bisherige Russland-Politik einer strategischen Partnerschaft abgelehnt und eine Politik der „selektiven Partnerschaft“ und „selektiven Opposition“ gefordert. Dieser strategische Wandel vollziehe sich vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte zwischen westlich orientierten und pro-russischen Kräften und Staaten im post-sowjetischen Raum. Die Autoren warnen insbesondere vor dem „Energieimperium“ Russland und befürchten, dass Russland mit seinen Energieressourcen ein großes Erpressungspotential gegenüber dem Westen aufbauen könnte. Diesen Gedanken greift der Hauptsponsor der „friedlichen Revolutionen“, der Milliardär George Soros, in der *Financial Times* auf, indem er den russischen Energiekonzern Gasprom als ein „machtvolles Instrument großmachtorientierter russischer Außenpolitik“ charakterisiert.²

Mit der weiteren Ausgestaltung der russisch-chinesischen Beziehungen unter Einbeziehung Indiens, u. a. auf militärischem Gebiet, wird auch die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien zunehmend in Frage gestellt.

Insgesamt geht die US-amerikanische Strategie der globalen Machtentfaltung (der globalen Wirtschaft, der Kontrolle des Zuganges zu Rohstoffen und Ressourcen, der militärischen Präsenz und des darauf basierenden politischen Einflusses) davon aus, dass jegliche Störfaktoren für die unipolare Herrschaft auszuschalten sind. In diesem Rahmen sind die meisten Aktivitäten eine offene Kampfansage gegen Russland, um die Vorherrschaft über Eurasien zu sichern.

² Vgl. junge Welt vom 27.04.2006: Kommentar „Haltet den Dieb“

Aber die strategischen Intentionen des USA-Imperialismus gehen weit über Eurasien hinaus.

Schon seit einigen Jahren arbeiten das State Department und das Pentagon an einer Strategie unter dem Titel „Greater Middle East Project“ (GMP). Ziel ist es, eine weiträumige ökonomische und militärische Kontrolle über die Erdölreserven und Transportwege des Nahen und Mittleren Ostens anzustreben. Diese weiträumige Planung umfasst:

- beginnend an der Straße von Gibraltar die nordafrikanischen Länder der Mittelmeerküste von Marokko bis Ägypten;
- den arabischen Mittleren Osten einschließlich Israels und der Türkei;
- den Kaukasus und die mittelasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion;
- den Iran und Afghanistan bis an die Grenzen Indiens und Chinas.³

Diese Strategie wird flankiert von speziellen Projekten zur Einflussnahme auf die Regionen am Schwarzen Meer. Die Kerngedanken hat Bruce P. Jackson, Präsident des „Project for Democracies in Transition“ im März 2005 vor dem Außenpolitischen Ausschuss des US-Senats vorgetragen. Jackson erklärte dazu: *„Wenn wir Erfolg haben wollen mit unseren Bemühungen zur Unterstützung der Demokratisierung im Mittleren Osten, müssen wir eine sichere, prosperierende und demokratische Region am Schwarzen Meer schaffen.“*

Hier baut sich ein Konkurrenz- und Konfliktpotential zwischen EU und den USA bezüglich der Nutzung und Kontrolle der Rohstoffressourcen und der Transportwege auf. Auch die EU geht davon aus, dass sich ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in den kommenden Jahrzehnten immer weiter nach Eurasien verlagern werden und somit das Schwarze Meer zu einem Binnenmeer der EU avancieren würde.⁴

Diese Strategie versteht sich als „zweiter Weg“ – im Gegensatz zu Militärinterventionen – um einen Machtwechsel von innen zu bewirken und den handelnden Kräften logistischen Beistand zu gewähren.

Konrad Schuller dazu in der FAZ:

„Amerika besitzt damit neben seinen Streitkräften noch ein zweites Instrument zur Entmachtung von Diktatoren. Dieses ist quer durch die Parteien verankert, nährt sich von Steuermitteln und arbeitet mit pri-

³ Vgl. Hans Heinz Holz: Umgruppierung in Mittelost; junge Welt vom 24. August 2005

⁴ Vgl. Anton Latzo: „Teilen und herrschen“, junge Welt vom 17. Juni 2005

vaten Stiftungen, internationalen Organisationen und ausländischen Regierungen zusammen.“⁵

Aber „die Einflussnahme der herrschenden Kreise der USA auf die politischen Prozesse in Osteuropa (gehen) sehr viel tiefer und weiter, als es in den herausragenden Fällen der ‚demokratischen Revolutionen‘ in Jugoslawien, Georgien und der Ukraine zum Ausdruck kommt. Diese sind lediglich als die Spitzen des Eisberges anzusprechen.“⁶

Das erklärte Ziel all dieser Umwälzungen ist es, die am engsten mit den ausländischen Kapitalinteressen verbundenen Kräfte in diesen Ländern an die Macht zu bringen.

Strukturen und Instrumente

Was früher die Drecksarbeit der CIA war, wird nun von den Nichtregierungs-Organisationen (NGO) der „Zivilgesellschaft“ erledigt. Aber so ganz kann diese Trennung nicht durchgehalten werden. NGOs, Stiftungen, Hilfsorganisationen etc. waren auch früher Werkzeuge der CIA-Operationen. Heute steht die CIA bei dieser Strategie (noch nicht!) im Licht der Öffentlichkeit. Aber es ist bezeichnend, dass der frühere CIA-Direktor James Woolsey, einer der aggressivsten Verfechter der neokonservativen Politik, hier als Direktor von Freedom House an führender Stelle mitwirkt.

Das Grundmodell ist in den Ländern Osteuropas und der Kaukasusregion immer das gleiche.

Die Akteure berufen sich öffentlich auf die gewaltlose Tradition Gandhis und die Volksbewegungen der 1990er Jahre in Osteuropa. Obwohl die Demonstrationen scheinbar spontan sind, werden sie tatsächlich aber immer sorgfältig geplant und gut organisiert. Insbesondere die Wahlen dienen als Falltüren, „durch die man Diktatoren und moribunde Regime stürzen lässt.“⁷ Die Vorgabe der Stichworte und die Steuerung der Demonstrationen beruht auf dem System des „Monitoring“ durch internationale Wahlbeobachter und inländische Oppositionelle. Bereits vor den Wahlen erklären die Kandidaten der Opposition, davon auszugehen, dass die Wahlen gefälscht werden. Danach stützen sie ihre Behauptungen auf Feststellungen „unabhängiger“

⁵ Vgl. Konrad Schuller: „Der Westen und die Revolution im Osten“, FAZ vom 21. September 2005

⁶ Vgl. Knut Mellenthin: „Imperialistische Zivilgesellschaft“, junge Welt vom 28. Juli 2005

⁷ Vgl. Le Monde diplomatique, Januar 2006

Wahlbeobachter. Zumindest in Serbien und der Ukraine wurden die sogenannten Exit Polls (Nach-Wahl-Befragungen) durch die New Yorker Marktforschungskanzlei Penn, Schoen & Berland erstellt.⁸ In der Fortsetzung entstehen aus den Wahlkampfstäben die Führungsorgane für den Umsturz.

Die *FrankfurterAllgemeine Zeitung* konstatierte sehr offen, dass das Wählerkomitee in Kiew sich schnell in ein „revolutionäres Kommandozentrum“ verwandelt hatte. „Seine Autos und Telefone wurden zu Nervensträngen des Aufstandes. Plötzlich floss das Geld aus Amerika nicht mehr in die bloße Wahlbeobachtung, sondern es finanzierte einen Regimewechsel.“⁹

Außenministerium der USA

Die USA schufen im Außenministerium ein Spezialkorps aus Diplomaten, Geheimdienstlern, Verwaltungsbeamten und Entwicklungshelfern, um „junge Demokratien“ zu unterstützen.¹⁰

Bush forderte im Mai 2005 in einer Rede vor dem International Republican Institute in Washington, dass die USA „Gesellschaften im Übergang von Krieg und Despotismus zu Freiheit und Demokratie“ mit Hilfe dieser zivilen „schnellen Eingreiftruppe“ effektiver unterstützen sollten. Für das Spezialkorps hat die Bush-Administration im Haushalt 2006 rund 100 Millionen Dollar eingeplant.

Die Behörde soll das Eingreifen, die Einmischung der USA in „verwundbaren“ Ländern, in „Übergangsgesellschaften“ planen und lenken. Durch eine umfassende Auswertung offener und geheimer Quellen aus allen Behörden der USA sollen die „verwundbaren“ Länder identifiziert, daraus Strategien und Aktionsvorschläge entwickelt werden. Obwohl diese Behörde als „Frühwarnsystem“ für nicht den US-Interessen entsprechende Veränderungen gepriesen wird, dient sie vor allem zur Koordinierung all jener Aktivitäten, mit denen Regimes verändert werden sollen, die noch den US-Interessen widersprechen, sich dem Einfluss der USA noch entziehen.

Als Leiter des Spezialkorps mit dem Titel „Kordinator für Wiederaufbau und Stabilisierung“ wurde Carlos Pascual eingesetzt. Er war seit 1983 für die US Agency for International Development u.a. in

⁸ Vgl. Spiegel Nr.46/2005, S. 196

⁹ Vgl. Konrad Schuller: „Der Westen und die Revolution im Osten“, FAZ vom 21. September 2005

¹⁰ im Rahmen dieser Strukturveränderungen entstanden im State Department das Office of Reconstruction and Stabilization (Bildung im August 2004), das Active Response Corps und ein neuer Conflict Response Fund.

Sudan, Südafrika und Mocambique tätig. Zwischen Oktober 2000 und August 2003 war Pascual Botschafter der USA in der Ukraine, obwohl er zuvor nie in diplomatischer Verwendung eingesetzt war – aber vermutlich war für diesen Einsatz auch kaum diplomatisches Geschick gefragt, eher Kampferfahrung an Fronten des Kalten Krieges und Kraft für die Durchsetzung amerikanischer Interessen.

Immerhin hatte er darin soviel Erfolg, dass er anschließend der Koordinator für „US Assistance Europe und Eurasia“ im State Department wurde. Dabei konnte er jährlich 1,1 Milliarden Dollar ausgeben, die nach amtlicher Diktion dazu dienen sollten, „marktwirtschaftlich orientierte, demokratische Staaten zu entwickeln“ und „amerikanische Interessen zu fördern“.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die Rolle der OSZE ist heftig umstritten. Aus Sicht der USA leistet die OSZE eine erfolgreiche Arbeit bei ihrer Hauptaufgabe, der „Verbreitung von Demokratie und Freiheit“, insbesondere durch „unabhängige“ Wahlbeobachter, die die Stichworte für Fälschungsvorwürfe der jeweiligen Opposition liefern.

Russland und einige andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion charakterisieren das als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und fordern eine Rückkehr zur eigentlichen Hauptaufgabe der OSZE: die Durchsetzung und Stabilisierung von Sicherheitspolitik in Europa, unter Einbeziehung der neuen Bedrohungen, wie Terrorismus, Menschen schmuggel, Drogenhandel. Der russische OSZE-Beauftragte, Jakowenko: „Unsere Partner im Westen begannen, die Organisation als Instrument zu betrachten, um den Südost- und Ostteil des Kontinents nach eigenen Standards umzubauen.“¹¹

National Endowment for Democracy (NED)

Das NED nimmt offensichtlich eine Funktion als Dachorganisation ein. Der Leiter ist der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark. Das NED wurde 1983 gegründet, hat seinen Sitz in Washington und wird vorwiegend über das US-Außenministerium finanziert. Im Haushaltsjahr 2006 sind allein für NED **80 Millionen Dollar** aus dem Staatshaushalt geplant.

¹¹ Vgl. FAZ vom 28.11.2005

Zur Funktion von NED sagte Allen Weinstein, einer der Gründer des NED, 1991: „Vieles von dem, was wir heute machen, wurde vor 25 Jahren von der CIA insgeheim erledigt.“¹²

National Democratic Institute (NDI)

Das NDI ist seit 1984 die Parteistiftung der Demokratischen Partei mit Sitz in Washington. Vorsitzende ist die frühere Außenministerin Madeleine Albright (sie sitzt zugleich im Aufsichtsrat der Eurasia-Stiftung).

International Republican Institute (IRI)

Das IRI ist dagegen die 1983 gegründete Parteistiftung der Republikanischen Partei mit Sitz in Washington.

NDI und IRI werden als US-amerikanische Stiftungen charakterisiert, „die den lokalen Organisationen und Parteien erhebliche Mittel für die Organisation der Volksbewegung und die Wahlüberwachung zukommen ließen. Das Ziel war dabei stets, die Machthaber zum Rücktritt zu bewegen.“ Eine eindeutige Umsturzstrategie.¹³

Freedom House

Freedom House ist eine bereits 1941 gegründete US-amerikanische NGO und steht aktuell unter Leitung des früheren CIA-Direktors James Woolsey. Sie hat ihren Hauptsitz in Washington, unterhält aber Außenstellen weltweit.

Von Vertretern der Organisation werden deren Ziele und Aufgaben mit folgenden Worten umschrieben:

„Freedom House geht es nicht darum, ein Regime zu stürzen – das ist Sache der Bürger. Wir stellen nur die Mittel bereit, um den Wählern deutlich zu machen, dass ihre Stimme zählt und dass sie ihre Furcht vor den Machthabern überwinden können.“¹⁴

Die Programmdirektorin Paula Schriefer erklärt: „Wir bringen der Welt nur bei, wie Demokratie funktioniert – und dokumentieren, wo sie fehlt, wie man sie fördern könnte.“¹⁵

¹² Vgl. Knut Mellenthin: „Imperialistische Zivilgesellschaft“, junge Welt vom 28. Juli 2005

¹³ Vgl. Le Monde diplomatique, Januar 2006

¹⁴ Vgl. Le Monde diplomatique, Januar 2006

¹⁵ Vgl. Spiegel 46/2005, S. 182

In der praktischen Arbeit organisieren Freedom House u.a. NGO`s Schulungen in den USA und im Ausland für „Ausbilder“, um sie auf ihren Einsatz vor Ort vorzubereiten. Die „Ausbilder“ schulen dann die Akteure vor Ort und koordinieren ihren Einsatz. Häufig reisen sie von Einsatzland zu Einsatzland, um die „Revolutionen“ zu organisieren. Mit führender Beteiligung von Freedom House werden Standardwerke des „zivilen Widerstandes“, wie die Umsturzaktivitäten verschämt genannt werden, massenhaft verbreitet, so z.B: Die Schriften des Gurus des „zivilen Widerstandes“, Gene Sharp, von der Albert Einstein Institution in Boston, der bereits 1973 seine 198 Methoden der gewaltlosen Aktion veröffentlichte. Eines seiner Hauptwerke, „From Dictatorship to Democracy – A Conceptual Framework for Liberation“ wurde 1993, 2002 und 2003 als Handlungsanleitung neu aufgelegt. Darin heißt es:

„Durch den gewaltlosen Kampf kann man Konflikte nicht lösen, aber einen Sieg erringen. Wir diskutieren in quasimilitärischen Begriffen, doch unser Vorgehen ist unblutig – und zugleich sehr wirkungsvoll.“¹⁶

Freedom House finanzierte die Entwicklung eines interaktives Computerspiels „A Force More Powerful“ mit Anleitungen für den zivilen Widerstand. Über die Wirkungsweise solcher modernen Einflussmöglichkeiten urteilte z.B. der Spiegel“: „Gegen das Virus der neuen Freiheit, weitergegeben über die globalisierten neuen Medien, gibt es wenig Gegenmittel.“¹⁷

Überhaupt sind die modernen Möglichkeiten der Nutzung von Netzwerken über PC, der zeitnahen weltweiten Kommunikation, des Austausches auch verschlüsselter Nachrichten ein besonderes Merkmal dieser Bewegungen und ein Charakteristikum ihrer Steuerungsmöglichkeiten.

Open Society Institute (International Renaissance Foundation)

Eine bedeutsame Rolle spielen diese von dem aus Ungarn stammenden Investmentbanker und US-Milliardär George Soros finanzierten Organisationen. Der Hauptsitz befindet sich in New York, aber es gibt Außenstellen weltweit. Die Soros-Organisationen gehören zu den bedeutendsten Geldquellen der oppositionellen Bewegungen.

¹⁶ zitiert aus: „From Dictatorship to Democracy: a Conceptual Framework for Liberation“; Boston (Albert Einstein Institution) 2003 (Neuausgabe); Erstausgabe Bangkok 1993

¹⁷ Vgl. Der Spiegel 46/2005, S. 183

Soros stellt seinen Einrichtungen die Aufgabe, die „Zivilgesellschaft und alle demokratischen Ansätze in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu unterstützen“.

Körper-Zentrum Russland/GUS

In Deutschland wirkt u. a. die regierungsnahe „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit ihrer Vorfeldorganisation „Körper-Zentrum“.

In der Internetpräsentation der DGAP wird dieses Zentrum mit folgenden Worten charakterisiert:

„Das Körper-Zentrum ist eine Kommunikationsstruktur in den Beziehungen Deutschlands zu Russland und anderen postsowjetischen Staaten (GUS). Es verfügt über ein erprobtes Netzwerk in Ländern wie Russland, Ukraine, Belarus, im Kaukasus und Zentralasien. Es ist ein Kontakt- und Analysezentrum an der Schnittstelle zwischen der EU und ihren neuen Nachbarn im Osten. Das Körper-Zentrum besitzt ein breites Netzwerk mit den neuen politischen, wirtschaftlichen und regionalen Eliten im gesamten postsowjetischen Raum und verfügt über ein weit zurückgehendes Pressearchiv.“¹⁸

Westminster-Stiftung

Die 1992 gegründete Westminster-Stiftung gilt als britische „Regierungs-NGO“ und erhält direkte Unterstützung durch Tony Blair. Sie finanzierte z.B. im Jahre 2003 Reisen der Ausbilder der serbischen Bewegung Otpor in die Ukraine, die die dortige Oppositionsbewegung anleiteten und unterstützten.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, dass beide Kammern des russischen Parlaments im Dezember 2005 ein Gesetz verabschiedet haben, das die Tätigkeit russischer Nichtregierungsorganisationen der behördlichen Aufsicht unterstellt, womit insbesondere deren Vernetzungen mit der „internationalen Zivilgesellschaft“ unter Kontrolle gehalten werden sollen. Präsident Putin und seine Nachrichtendienste haben genügend Kenntnisse über das Wirken der westlichen Geheimdienste auf diesem Gebiet.

¹⁸ Vgl. www.dgap.org

Schauplätze

Jugoslawien

Der NATO-Krieg von 1999 zerstörte das Land und seine Infrastruktur, führte aber nicht zum Sturz von Slobodan Milosevic. Deshalb wurden die Wahlen vom 24. September 2000 genutzt. Planung und Verlauf der organisierten Opposition gegen die Regierung in Belgrad wurden zum Modell der sogen. „stillen Revolutionen“.

Einer der aktiven Träger der Opposition war die vom Ausland finanzierte Studenten- und Jugendorganisation „Otpor“. Für die Opposition in Belgrad „spendierte“ Freedom House 5000 Exemplare des Buches von Gene Sharp, Otpor setzte dessen Thesen in ein eigenes Handbuch um. Z.B. hat sich aus Aktivisten von ehemals Otpor in Belgrad ein „Zentrum für gewaltlosen Widerstand“ gebildet. Dessen Mitarbeiter werden aus den USA finanziert und reisen als Ausbilder/Trainer in andere Länder, um die dortigen Oppositionellen zu schulen.

Auch für Strategien gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat Zbigniew Brzezinski bereits die Marschrichtung vorausgedacht:

„Ausschlaggebend für die Dauer und Stabilität der amerikanischen Weltmachtstellung wird sein, wie die Vereinigten Staaten die wichtigsten geostrategischen Spieler auf dem eurasischen Schachbrett einerseits steuern und ihnen andererseits entgegenkommen, und wie sie mit den entscheidenden geopolitischen Dreh- und Angelpunkten umzugehen verstehen.“ (S.277/78)

„Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der jungen postsowjetischen Staaten ist ein wesentlicher Faktor, um Russland zu einem historisch neuen Selbstverständnis zu nötigen.“ (S. 177)

„Folgerichtig ist die politische und wirtschaftliche Unterstützung der neuen unabhängigen Schlüsselstaaten ein fester Bestandteil einer umfassenden Strategie für Eurasien.“ (S.289)

Die Hauptakteure in der antirussischen Front des postsowjetischen Raumes haben sich – im bewussten Gegensatz zu den GUS-Ländern – zur **Organisation GUUAM** (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldawien) zusammengeschlossen. Geburtshelfer waren die USA und der Europarat. Die Organisation soll nach dem Willen ihrer Gründer eine stärkere Rolle als „Verbreiter der Demokratie“ im ganzen postsowjetischen Raum, also für die Forcierung der „bun-

ten Revolutionen“ zur Ablösung aller Regimes, die den USA und der EU nicht hörig sind, spielen.

Ukraine

Zbigniew Brzezinski erklärte:

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“¹⁹

Außerdem besitzt die Ukraine für viele Interessenten einen hohen strategischen Wert, u. a. als Korridor für Energielieferungen, als Zugangsweg zum Zentrum Russlands und zu seinen Märkten im Süden, als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres und durch die Nähe zur Kaukasusregion und zum Kaspischen Meer

Beim Staatsbesuch Juschtschenkos in den USA im April 2005 gab es u. a. auch Gespräche über die Einbeziehung der Ukraine in das Raketenabwehrsystem der USA – d.h. eine Vorverlegung dieses Systems direkt an die Grenzen Russlands, was einer deutlichen Einschränkung der russischen Möglichkeiten, auf eine Bedrohung durch US-Atomwaffen adäquat reagieren zu können, entspricht.

Wie eine „spontane Erhebung“ organisiert wurde

Die frühere Außenministerin Madeleine Albright und Vorsitzende des National Democratic Institute forderte bei einer Veranstaltung der Soros Foundation in Kiew am 17. Februar 2002 die rund 280 ukrainischen NGOs auf, gegen die herrschende Regierung Front zu machen und eine genaue Überwachung der Parlamentswahlen am 31. März 2002 zu organisieren.

Beim Wirtschaftsgipfel in Davos im Januar 2004 bezeichnete Albright die Ukraine als eines von vier Schlüsselländern „zur Entwicklung der Demokratie“. Dann, so versprach sie am 21. Februar 2004 in Kiew, komme es zu einem raschen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO.

Mit einem Schreiben vom 4. August 2003 hat US-Präsident Bush den ukrainischen Staatspräsidenten Leonid Kutschma aufgefordert, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen!

¹⁹ Zbigniew Brzezinski: „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, Ausg. 2002, S. 74

Seit 2002 flossen allein vom US-Außenministerium **65 Millionen Dollar** über die NED und die Parteienstiftungen NDI und IRI für die Wahlen in der Ukraine. Die Soros-Stiftung hat eine Außenstelle in Kiew. Ihr Programmdirektor Wladislaw Kaskiw ist „tief eingestiegen in ein Beziehungsgeflecht diverser Geldgeber“, später wird er mit einem Beratervertrag beim neuen Präsidenten belohnt. „Kofferweise wird in den Wochen vor der Wahl Bargeld aus den USA am Flughafen Kiew ausgeladen...“²⁰

Georgien

Die Demonstrationen in Georgien waren inspiriert vom Beispiel in Belgrad. Führende Kräfte der Opposition unterhalten Kontakte nach Serbien und kopierten im Prinzip das Vorgehen in Belgrad. Die „Trainer“ von Otpor führten eine dreitägige Ausbildung der georgischen Kmara-Aktivisten durch, finanziert mit Geldern der Soros-Stiftung. Dazu kam die offene Einmischung des US-Botschafters Richard Miles, der sich mit Oppositionsführern im April 2003 traf und öffentlich die Forderung erhob, die USA wünschen „faire Wahlen“ in Georgien. Miles ist Absolvent des U.S. Army Russian Institute (USARI) in Garmisch-Partenkirchen. Dort bildeten die amerikanischen Geheimdienste ihre Mitarbeiter für Einsätze in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion aus, Lehrer waren meist Funktionäre der anti-sozialistischen Emigrantorganisationen oder Mitarbeiter von Radio Free Europe/Radio Liberty. Mit dieser Ausbildung konnte Miles auch als Generalkonsul in Leningrad agieren, war bis 1999 Botschafter in Belgrad und unterstützte dort die Bewegungen gegen Milosevic, anschließend half er als Botschafter in Bulgarien mit, dass die bulgarische Führung zu einem folgsamen Befürworter und Unterstützer der NATO „geformt“ wurde.

Mit Unterstützung des Open Society Institute von George Soros konnte in Georgien auch ein „unabhängiger“ Fernsehsender (Rustawi-2) installiert werden, der von Botschafter Miles sofort als Sprachrohr genutzt wurde.²¹

Nach dem Sieg des Oppositionsführers Saakaschwili wurde der Leiter der Außenstelle der Soros-Stiftung, Alexander Lomaja, Bildungsminister in der neuen Regierung – der Lohn für seine Anstrengungen!

²⁰ Vgl. Spiegel 46/2005, S. 196f.

²¹ Vgl. (Spiegel 46/2005, S. 192

Bei dem ersten Besuch eines US-Präsidenten in Georgien im Mai 2005 erklärte George W. Bush, dass Georgien der Ausgangspunkt einer globalen demokratischen Revolution gewesen sei und schlug einen strategischen Bogen von Bagdad über Beirut bis nach Bischkek.

Kirgisien

Kirgisien hat Vorkommen an Gold, Erdgas und Öl. Die USA unterhalten am Flughafen Manas einen Stützpunkt der US-Air Force; Russland in Kant, nahe der Hauptstadt, eine Luftwaffenbasis.

Im Lande wirkt die „Koalition für Demokratie und Bürgerrechte“, finanziert vom NDI, von der Soros-Foundation, von „Freedom House“ und der US Agency for International Development sowie eine Jugend-Opposition mit dem Namen „Kel-kel“ (Vorwärts)

Die Opposition stellt ihre Zeitungen und Werbemittel mit einer vom State Department der USA gestifteten modernen Druckanlage, die vom Projektleiter der Stiftung Freedom House betrieben wird, her.

Die „Revolution“ vom März 2005 verlief nicht ganz nach den Wünschen der USA, obwohl Präsident Akajew erst einmal im Exil in Moskau weilte. Akajew unterstreicht die Einschätzung all dieser „bunten“ Revolutionen : **„Das war kein spontaner Aufruhr des Volkes, sondern ein sorgfältig organisierter, verfassungswidriger Umsturz, der von den USA lange vorbereitet wurde – mittels nichtstaatlicher Organisationen wie Freedom House, National Democratic Institute oder Republican Institute.“** Er wies darauf hin, dass die Oppositionsführer mehrmals in den USA gewesen sind und Instrukteure aus Georgien und der Ukraine „in den letzten Wochen vor dem Umsturz bei uns hyperaktiv waren.“²²

Aber die politischen Machtverhältnisse sind auch nach den aktuellen Präsidentenwahlen noch nicht wirklich verändert. Deshalb haben die USA noch einmal finanziell nachgelegt und **350.000 Dollar** für den Aufbau „unabhängiger Medien“ und **613.000 Dollar** für die Gründung neuer „Informationszentren“ bewilligt.

Gegenwärtig (April 2006) gibt es erneut Aufrufe zu Demonstrationen gegen die neue Regierung Bakijew, die in letzter Zeit stärker in Fragen der Sicherheitspolitik mit Russland kooperiert und zugleich den USA ein Ultimatum bezüglich der Pachtzahlungen für den Stützpunkt Manas stellt. Der russische Geheimdienst FSB hat Bakijew Informati-

²² Vgl. ND vom 4. Juli 2005, S. 8: „Das war kein spontaner Aufruhr“

onen über die Finanzierung der kirgisischen Opposition durch die CIA und andere US-amerikanische Institutionen übergeben.

Aserbaidshon

„Ein unabhängiges Aserbaidshon, das mit den Märkten des Westens durch Pipelines, die nicht durch russisch kontrolliertes Gebiet verlaufen, verbunden ist, wird außerdem für die hochentwickelten, auf Energie angewiesenen Volkswirtschaften ein Einfallstor zu den energiereichen zentralasiatischen Republiken sein.“²³

Aserbaidshon ... *„ist gewissermaßen der lebenswichtige Korken, der den Zugang zur Flasche mit den Bodenschätzen des Kaspischen Beckens und Zentralasiens kontrolliert.“²⁴*

Die wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung Aserbaidshons wird durch die Öl-Pipeline Baku-Ceyhan, die im Mai 2005 eingeweiht wurde, charakterisiert. Das **2,5 Milliarden Euro** teure Projekt geht auf einen Vorschlag von Zbigniew Brzezinski zurück und sichert dem Westen den Zugriff auf das kaspische Öl unter Ausschaltung Russlands. Daraus ergibt sich eine deutliche Schwächung der russischen Positionen in diesem traditionellen Einflussgebiet.

Allein für den Aufbau einer besonderen Schutz- und Einsatztruppe (Caspian Guard) bewilligt das Pentagon **100 Millionen Dollar**, die USA überweisen jährlich **90 Millionen Dollar** als „Hilfeleistung“ an Aserbaidshon.

Auch hier das gleiche Szenario, es konzentrierten sich viele Aktivitäten um die Wahlen am 6. November 2005. Der US-Botschafter, Reno Harnish, traf sich regelmäßig mit führenden Oppositionspolitikern. Harnish war früher für das American Enterprise Institute tätig und von 1986 bis 1988 als Botschaftsrat für Wirtschaft und Handel an der Botschaft der USA in der DDR tätig.

Der Amtsinhaber, Staatspräsident Ilham Alijew erklärte sich zum Wahlsieger, die Opposition behauptete Wahlfälschungen und demonstrierte regelmäßig in der Hauptstadt Baku.

Aber da hier deutliche US-amerikanische Interessen im Spiel sind, dürfen oppositionelle NGO`s die Stabilität nicht gefährden, da werden sie lieber von den USA an der kurzen Leine gehalten.

²³ Zbigniew Brzezinski: „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, Ausg. 2002, S. 75

²⁴ Zbigniew Brzezinski: „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Fischer Taschenbuch Verlag, 1999, Ausg. 2002, S. 188

Belarus

Belarus ist und bleibt das zentrale Angriffsobjekt der Strategie der „bunten“ Revolutionen im postsowjetischen Raum. **Die Republik Belarus ist die einzige unter den postsowjetischen Republiken, die die sozialen Elemente des sowjetischen Modells unter den Bedingungen von Marktwirtschaft und Privateigentum zu bewahren versucht.** Das entscheidende Ziel der Wirtschaftspolitik in Belarus ist die Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen dem politischen System in Belarus und dem westlichen „Demokratiemodell“. All das reicht, um Belarus zu einem „Schurkenstaat“ der ersten Kategorie zu erklären.

Anfang Oktober 2004 hat der Kongress der USA ein „Gesetz zur Förderung der Demokratie in Weißrußland“ verabschiedet. Damit werden umfangreiche Finanzmittel (jährlich bis zu **20 Millionen Dollar**) für NGO's, „Demokratie-Projekte“ und Medienkampagnen freigegeben. Zugleich verhängten die USA Sanktionen gegen Belarus. In seiner Rede zu diesem Gesetz erklärte Präsident Bush u. a.: *„In einem ganzen, freien Europa ist für ein Regime dieser Art kein Platz. ... Wir werden mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten, um diejenigen zu unterstützen, die bestrebt sind, der Republik den ihr gebührenden Platz in der euro-atlantischen Gemeinschaft der Demokratien zurückzugeben.“*²⁵

Der frühere US-Botschafter in Minsk, Michael Kozak, bezeichnete Belarus als das „Kuba des neuen Europa“.

C. Rice charakterisierte im April 2005 in Vilnius die Republik Belarus als „die letzte wirkliche Diktatur im Zentrum von Europa“; gemeinsam mit dem Außenbeauftragten der EU, Javier Solana traf sie sich am Rande der Konferenz der Außenminister der NATO-Staaten mit Vertretern der weißrussischen Opposition und forderte sie auf, ihre Vorbereitungen zu einem Umsturz in Minsk zu forcieren.

In Deutschland ist einer der eifrigsten Verfechter der politischen Einmischung der frühere BND-Präsident (1985-1990), Hans-Georg Wieck, der von 1993 bis 1995 persönlicher Berater von Georgiens damaligem Präsidenten Schewardnadse war und von 1997 bis 2001 die Beobachtergruppe der OSZE in Minsk geleitet hatte. Wieck forderte von der EU jährlich 14,2 Millionen Euro, um „unabhängige Medien“, die Schulung und Ausbildung von Dissidenten sowie die Arbeit eines Sekretariats zur Koordinierung dieser Aktivitäten zu finanzieren.

²⁵ Vgl. ND vom 10. Januar 2005: Hannes Hofbauer: „Eine Alternative für Belarus“

Präsident Lukaschenko griff all diese Probleme in seiner Rede zur Lage der Nation im April 2005 auf. Er beschuldigte die EU, die USA und insbesondere Polen, subversive Umtriebe in Belarus zu fördern, die den Umsturz der jetzigen Regierung zum Ziel hätten. In Belarus werde es aber keine „bunte Revolution“ geben, da dieses Land seine Unabhängigkeit wahren und nicht auf die Knie fallen werde. Keine Banditen und kein Geld, das jetzt säckeweise ins Land fließe, könne in Belarus einen Umsturz herbeiführen. Dieses Banditentum werde in Belarus durch ausländische Kräfte geschürt, denen das Schicksal des Landes gleichgültig sei, erklärte Lukaschenko.²⁶

Bereits im Dezember 2004 erließ Präsident Lukaschenko eine Verordnung, nach der die Finanzinstitute alle größeren Geldüberweisungen aus dem Ausland bei der „Abteilung für humanitäre Tätigkeit beim Präsidenten der Republik“ melden müssen.

Ein vom Westen gesteuerter Systemwechsel in Belarus würde den Einkreisungsring der NATO an den Westgrenzen Russlands schließen, Waffen- und Aufklärungssysteme der NATO würden auch in diesem Grenzbereich Russland unmittelbar bedrohen und die Frühwarnsysteme Russlands in Belarus außer Kraft setzen.

In Belarus gibt es mehr als ein Dutzend Oppositionsparteien und mehrere hundert oppositionelle NGO`s, die heillos untereinander zerstritten sind. Die Opposition hatte sich in Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen 2006 in zwei Bündnissen organisiert: „Fünf Plus“ und „Europäische Koalition Freies Belarus“

Auch die Führungskader der 2001 gegründeten Oppositionsgruppe „Subr“ (Wisent) gingen durch die Ausbildungslehrgänge für „zivilen Widerstand“ der „Oppositionstrainer“ aus Serbien.

Unterstützung erhalten „Subr“ und andere Oppositionsgruppen u. a. auch durch den in Minden/BRD ansässigen „Bund für Soziale Verteidigung (BSV)“, der mit Workshops und Trainingslagern besonders Oppositionelle aus Belarus ausbildet und indoktriniert, da man die Förderung der belarussischen Opposition nicht allein den US-amerikanischen Stiftungen überlassen wolle.²⁷

Die EU organisiert und finanziert die Ausstrahlung von „unabhängigen Sendungen“ per Hörfunk und Fernsehen in die Republik Belarus. Dafür agiert ein internationales Konsortium mit Media Consulta (Deutschland), European Radio for Belarus (Polen), Radio Baltic

²⁶ Vgl. junge Welt vom 21.04.2005: Tomasz Koniecz: „Keine ‚Revolution‘ in Belarus

²⁷ Vgl. junge Welt vom 09.02.2006

Wave (Litauen) in Zusammenarbeit mit belarussischen NGO`s und dem „unabhängigen“ Fernsehsender RTVi. Die Sendungen werden von Deutschland aus über Satellit ausgestrahlt.

Libanon/Syrien

Bereits Ende 2003 hatte Präsident Bush ein Gesetz über Maßnahmen gegen den Libanon und Syrien unterzeichnet („Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act -SALSRA“), das ein Ende der „syrischen Okkupation“ in Libanon und einen „Regimewechsel“ in Syrien forderte. Wenn Syrien nicht massiv gegen Hamas, Hisbollah und die Palästinenser vorgehe (einschließlich deren Entwaffnung) werde es von den USA als „feindliche Macht“ behandelt. Damit war die Marschrichtung gegen beide Länder frühzeitig vorgegeben.

Die USA setzten in der UNO Resolutionen durch, die die Aktionen der US-Administration gegen beide Länder fördern, so die Resolution 1559 vom September 2004, mit der das UNO-Mandat für Syrien zum Einsatz in Libanon aufgehoben, der Abzug der syrischen Truppen und die Entwaffnung der Hisbollah und palästinensischer Organisationen gefordert wurde.

Im Libanon wurde die Ermordung des ehemaligen Regierungschefs Rafik Hariri am 14. Februar 2005 zum Anlass genommen, um gegen die militärische und geheimdienstliche Unterstützung des Libanon durch Syrien zu demonstrieren und den Abzug der syrischen Kontingente zu fordern.

Durch den fortgesetzten Druck der USA auf Syrien zu weitergehenden Veränderungen im Gesellschaftssystem des Landes sah sich Syrien im Mai 2005 veranlasst, die Mitgliedschaft in der „Allianz gegen den Terror“ aufzukündigen und die militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit mit den USA einzustellen.

US-Präsident Bush hatte im März 2005 in einer Grundsatzrede zur Lage in Nahost vor Militärangehörigen erklärt, dass die USA die Demokratiebewegungen in Nahost langfristig unterstützen. Ein Sieg der Demokratie in Libanon wäre nach Ansicht von Bush wie „ein Klingeln an den Türen aller arabischen Regime“.²⁸

Die UNO entsandte im Mai 2005 ein Untersuchungsteam zum Mordfall Hariri in den Libanon, als UN-Sonderermittler wurde auf Drängen der USA der deutsche Oberstaatsanwalt Detlev Mehlis vom UN-Generalsekretär bestätigt (verbunden mit einer Ernennung zum stell-

²⁸ Vgl. Berliner Zeitung, 9. März 2005, S. 8

vertretenden UNO-Generalsekretär). Mehlis konzentrierte seine Ermittlungen auf den Nachweis, dass Syrien Drahtzieher des Mordanschlages gewesen sei. Er veranlasste die Festnahme von drei pro-syrischen Geheimdienstchefs des Libanon und des Kommandeurs der Präsidentengarde.

Der vorläufige Untersuchungsbericht, den Mehlis im Oktober 2005 der UNO übergab, war vorrangig darauf ausgerichtet, die Verantwortung syrischer Regierungsstellen für den Mordanschlag zu behaupten (gerichtsverwertbare Beweise enthielt er nicht). Aber insbesondere die Bush-Administration ist dringend daran interessiert, den Mehlis-Report als Hebel zur Neugestaltung des Nahen Ostens zu benutzen. Präsident Bush bezeichnet Syrien als das „Regime der Gesetzlosen“.²⁹ Der Nachfolger von Mehlis, der belgische Staatsanwalt Brammertz kritisierte die Arbeit der Untersuchungskommission unter Mehlis als „schlampig“ – aber die Bundesregierung zeichnete Mehlis mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse aus.

Literaturhinweise:

Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft;

Fischer Taschenbuch Verlag, April 2002

LE MONDE diplomatique – Januar 2006:

Régis Genté und Laurent Rouy: „Spontan und gründlich geplant“

junge Welt 4./5./6. Juni 2005

Knut Mellenthin: Das war erst der Anfang

Der Spiegel Nr. 46 und 47 /2005

„Die Revolutions-GmbH“ Teil I und II

Jürgen Cain Kübel: „Mordakte Hariri – unterdrückte Spuren“

Kai Homlius Verlag, Berlin 2006-04-30

Internet:

www.dgap.org

www.german-foreign-policy.com

²⁹ Vgl. Der SPIEGEL Nr. 43/2005, S. 171